



Plakatwettbewerb der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ 2012

Für Friedensbildung an Schulen und Hochschulen

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Dazu planen wir Aktionen, stellen Hintergrundmaterial zur Verfügung und unterstützen mit weiteren Materialien SchülerInnen, LehrerInnen, ReferendarInnen, Eltern und Friedensgruppen, die sich gegen den Einsatz von Jugendoffizieren an ihrer Schule wehren wollen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und der Bundeswehr in Baden-Württemberg zurückgenommen wird und dafür, auf längere Sicht die Bundeswehr als Akteur der politischen Bildung, aus dem Schulunterricht zu drängen. Denn nur so kann aus unserer Sicht eine unabhängige, kontroverse und kritische politische Bildung stattfinden.

Schulen, Hochschulen und andere öffentlich finanzierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind dem Wohl der Gesellschaft und zum Frieden verpflichtet. Militär- und Rüstungsinteressen dürfen keinen Einfluss auf Bildungs- und Forschungsinhalte haben.

In der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr für die Bundeswehr“ engagieren sich mehr als ein Dutzend Organisationen der Friedensbewegung und Gewerkschaften. Sie wird im Schuljahr 2011/12 unterstützt von der Bewegungstiftung.

Vor diesem Hintergrund wird der nachfolgende Plakatwettbewerb ausgeschrieben:

Gesucht werden Entwürfe, die die Themen Militär- und Rüstungsfreie Bildung und Stärkung der Friedenserziehung in Form eines hochformatigen DIN A1-Plakats graphisch umsetzen. Die künstlerischen Stilmittel, vom Piktogramm bis zur Bildgeschichte, sind den Teilnehmenden überlassen.

Die Webseite der Kampagne "www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de" ist in die Gestaltung einzubeziehen. Autorenangaben bitte klein als Impressum.

Die Teilnahme am Wettbewerb ist an keine besonderen Voraussetzungen geknüpft. Gemeinschaftsentwürfe sind zugelassen.

Einzureichen sind druckfähige, ein- oder mehrfarbige Entwürfe auf Papier (maximal 594 x 841 mm / oder PDFs (geeignet für das Endformat 594 x 841 mm (DIN A 1, hoch) per CD oder eMail an.

Schulfrei für die Bundeswehr
c/o DFG-VK

Werast r. 10, 70182 Stuttgart

Telefon 0711 51 88 56 01, ba-wue@dfg-vk.de

1. Aus den eingesandten Arbeiten wählt eine Jury Entwürfe aus, die reproduziert, gedruckt, vervielfältigt und öffentlich ausgestellt werden und der Arbeit der Kampagne frei zur Verfügung stehen. Die Mitglieder der Jury werden rechtzeitig bekannt gegeben.
2. Die Kampagne prämiert drei Entwürfe mit insgesamt 500 Euro und vergibt weitere Sachpreise. Eine umfassende Präsentation der eingereichten Entwürfe in Medien und Öffentlichkeit ist vorgesehen.
3. Die Preisträger werden zu einer Preisverleihung nach Stuttgart eingeladen.
4. Einsendeschluss ist der 15. April 2012.

Eingesandt werden können maximal drei druckfähige Entwürfe. Mit der Beteiligung an diesem Plakatwettbewerb der AnStifter akzeptieren die Teilnehmenden die Bedingungen dieses Wettbewerbs:

Sie versichern, dass sie Inhaber der Rechte für alle Teile des Entwurfs und den Entwurf selbst sind.

Mit der Prämierung gehen die Rechte an die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Damit sind die Teilnehmenden mit der nichtkommerziellen Veröffentlichung und Vervielfältigung der eingesandten Arbeiten unter Nennung ihrer Urheberschaft

- a) in gedruckter Form (Plakat, Dokumentation, Buch, Flyer u.ä.) und
- b) virtuell (auf den Webseiten der Kampagne) einverstanden.

Das Einverständnis gilt auch für Presseveröffentlichungen. Die eingesandten Arbeiten sollen in Ausstellungen gezeigt werden.

Eingesandte Arbeiten werden nicht zurückgesandt.

Alle Teilnehmenden können sich über den aktuellen Stand des Wettbewerbs und seinen Ausgang auf der Kampagnenwebseite unter der Rubrik “Plakatwettbewerb” informieren. Hier sollen alle eingereichten Entwürfe vorgestellt werden.

Soweit Teams, AGs, Klassen o.ä. am Wettbewerb teilnehmen wollen, kann die Kampagne auch über die Themen des Wettbewerbs informieren.

Stuttgart, den 10.1.2012